Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

56 (2.2.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 56 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Samstag, 2. Februar 1918** — **77. Jahrgang.** — **Abendblatt.**

Die russische Verschleppungstaktik in Brest-Litowsk.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Februar (Amtlich).

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 1. Febr. (Amtlich). Im mittleren und östlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört.

Dabei wurden 5 Dampfer und 1 Segler mit über 23 000 B.-R.-T. versenkt.

Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und meist tief beladen. Die Mehrzahl wurde in geschickt durchgeführten Angriffen aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, darunter ein großer Truppentransportdampfer, der unter starker Zerstörerdeckung fuhr, also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler „Maria P." war mit Wein nach Malta unterwegs. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der Luftangriff auf Paris.

WTB. Bern, 1. Febr. Aus der Pariser Presse läßt sich über den Fliegerangriff weiter entnehmen, daß der ganze Stadtbereich mehr oder weniger mit Bomben belegt wurde. Hauptsächlich wurden der 16., 17. und 19. Bezirk getroffen. In der Nähe des Gar du Nord, des Gar du Ouest und der Rue d'Athenes, in der Nähe des Gaswerkes und am linken Seineufer im Gebiet von Benille-Montante wurde schwerer Schaden angerichtet. Die nördlichen Vororte wurden dem „Petit Parisien" zufolge besonders schwer heimgesucht. In der Umgebung von Paris schlugen verschiedene Bomben in Fabriken ein, zwei in eine, 6 in eine andere. Lagerhäuser mit Ausrüstungsgegenständen brannten ab. In einer bedeutenden Fabrik der nördlichen Vororte wurden etwa 10 Arbeiter verletzt.

bz. Berlin, 1. Febr. „Journal des Dénats" meldet über den deutschen Luftangriff auf Paris: Die Pariser Verfolgung wurde durch die deutsche Taktik gehemmt, weil regelmäßig jeder Flieger nach Abwurf von Bomben vom Pariser Horizont verschwand. Schwer gelitten haben vor allem das Montmartre-Viertel und die Boulevards zwischen Bastille und Opernplatz. Die Feuerwehr hatte bei mehr als 30 Bränden einzugreifen. Die Zerstörungen in den Straßen sind kläglich. Der „Temps" meint, das Beste sei zu schweigen und die Tatsachen sprechen zu lassen, die furchtbar genug seien.

Die Pariser Konferenz.

bz. Berlin, 1. Febr. Der Zürcher „Tages-Anzeiger" schreibt, daß nach den heute vorliegenden Berichten aus den Ententeländern mit der Ablehnung auch der neuen Friedensanregung der Mittelmächte durch die Regierung der alliierten Länder zu rechnen sei.

Der russische Wirrwarr.

Die Kämpfe im Uralgebiet.

WTB. Petersburg, 2. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Die Sowjet-Truppen haben Orenburg genommen. Die Kosaken unter Dutow sind geflohen.

Ein neutrales Urteil über die Zustände in Rußland.

WTB. Amsterdam, 1. Febr. Das „Allgemeen Handelsblad" schreibt über die maximalistisch-russische Regierung: Die Torheit der Regierung, die den Frieden mit den Mittelmächten dinch ihre Propaganda gefährdet, ohne zu versuchen, diesen Frieden auf der Grundlage der im Dezember angenommenen Grundsätze zustande zu bringen, und außerdem der ukrainischen Rada und dem rumänischen Verbündeten den Krieg erklärt, muß rasch und unabwendbar zu ihrem Verfall führen.

*

Rußland und Rumänien.

bz. Kopenhagen, 1. Febr. In Petersburg ist das Gerücht verbreitet, daß zwischen Rumänien und den Zentralmächten Verhandlungen schweben, die einen Sonderfrieden bezwecken. Rumänien soll die Dobrudscha abtreten und dafür Bessarabien erhalten.

bz. Rotterdam, 1. Febr. Wie aus Petersburg gemeldet wird, hielt Trotzki im Bauernkongreß eine Rede, in der er Rußlands Verhältnis zu Rumänien klar legte. Die Differenz mit Rumänien sei gekommen, weil Rumänien versucht habe, die russischen Truppen an der rumänischen Front auszuhungern. Rumänien wolle Bessarabien erobern, um sich schadlos zu halten, falls es mit den Mittelmächten nicht zum Frieden kommt.

*

Rußland und Frankreich.

WTB. Bern, 1. Febr. In der französischen Kammer erklärte gestern der Deputierte Moutet, die Regierung glaube, daß Rußland heute seine Verpflichtungen verleugne. Als im Jahre 1905 zum ersten Mal in Rußland eine revolutionäre Bewegung einsetzte, habe diese Frankreich gebeten, von einer Anleihepolitik Abstand zu nehmen, die eine ständige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands darstelle. Die französische Regierung habe sich damals dem Ansuchen gegenüber ablehnend verhalten und müsse heute ihren Fehler bezahlen. Frankreich habe an Rußland Milliarden verschleudert und dadurch nur die Korruption des ganzen Regimes erhöht. Der russische Bankerott, rief Moutet dem Finanzminister zu, ist Ihr eigener Bankerott.

Das englische Calais.

bz. Berlin, 1. Febr. Das Berner Tageblatt berichtet, daß Calais von den Engländern sowohl auf der Land- wie auf der Seeseite neuerdings sehr stark befestigt und damit zum englischen Hafen gemacht wurde. Die Engländer haben außerdem die Kontrakte, die auf Truppenlager usw. Bezug haben, auf weitere 3 Jahre verlängert.

Trotzki — wie er ist.

* Karlsruhe, 2. Febr.

Die Friedensdelegierten sind nun wieder fast vollzählig in Brest-Litowsk versammelt. Als sie vor etwa zwei Wochen die Verhandlungen unterbrachen, war man von einer Klärung recht weit entfernt. Am weitesten waren die Verhandlungen mit der Ukraine gediehen. Zwischen ihren Vertretern und den unseren war eine gemeinsame Grundlage so gut wie vereinbart, auf der man den Friedensvertrag sicher und fest aufbauen konnte. Die Abmachungen bedurften aber noch der Zustimmung der Regierung. Beim Wiederbeginn glaubte man auf beiden Seiten im Besitz dieser Zustimmungserklärungen zu sein. Ob die Dinge tatsächlich bis zu diesem Punkte gediehen sind, wird sich in Brest-Litowsk sehr rasch zeigen. Die Petersburger Telegraphenagentur, die als Bolschewisten-Organ mit Vorsicht zu genießen ist, hat inzwischen behauptet, die Rada in Kiew habe bereits zugunsten der Bolschewisten abgedankt. Trotzki hat sich in Brest-Litowsk zunächst auf den Standpunkt gestellt, daß neben der Delegation der ukrainischen Rada auch Vertreter der Maximalisten der Ukraine, die mit den Erstgenannten in wildem Kampfe liegen, zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollen. Aus dem zur Stunde vorliegenden offiziellen Bericht geht nicht klar hervor, ob die ukrainischen Vertreter bereits angekommen sind oder nicht. Der letzte Bericht meldete, daß am 30. Januar nur der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der Rada anwesend war. Im Bericht vom 31. Januar wird aber eine Vollsitzung für den 1. Februar bei Anwesenheit der ukrainischen Delegation anberaumt.

Die ukrainische Frage ist im übrigen die einzige, die der Klärung noch bedarf, denn Trotzki hat inzwischen so viel Licht über seine Person verbreitet, daß unsere Delegierten in Brest-Litowsk jetzt ganz genau wissen, mit wem sie es zu tun haben. Lenin hat die Parole ausgegeben: „weder Frieden noch Krieg." Trotzki hat dasselbe Ziel in etwas anderer Fassung mit den Worten aufgerichtet, daß er seine revolutionären Grundsätze nicht preisgeben, keinen Sonderfrieden schließen, sondern den Krieg allgemein durch Ausbreitung der Revolution beenden werde. Damit hat Trotzki den Eindruck bestätigt, den man nach seinen ersten Redeübungen in Brest-Litowsk von ihm gewinnen mußte: daß er den Friedensunterhändler nur vorgetäuscht und zugleich den Dolch der allgemeinen Revolutionierung heimlich in der Hand behalten hat. Inzwischen hat er die Waffe gezückt und als erstes Opfer Finnland getroffen. Der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dabei mit Füßen getreten worden. Er war in Trotzkis Mund lediglich eine Redensart. Auf seinem Programm steht in Wirklichkeit die Gewaltherrschaft der Bolschewisten. Unter sie sollen nicht nur die Widerstrebenden im eigenen Volke, sollen auch alle die Freiheit suchenden Völker gebeugt werden, deren Selbstständigkeit Trotzki heuchlerisch anerkannt hat. Bald genug ist die Maske gefallen und wir sehen heute Trotzki wie er ist.

Wir dürfen gewiß sein, daß die Friedensunterhändler der Mittelmächte das verlogene Spiel des russischen Bolschewisten-

---

Der gesetzliche Schutz deutscher Kunstwerke und Altertümer.

Seit dreiviertel Jahren sind die Erörterungen, ob und wie der Ausfuhr von Kunstwerken und Altertümern aus Deutschland gesetzlich entgegengearbeitet werden solle, immer lauter geworden. Bekanntlich wurde dann in den Dezemberverhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses ein schleuniger Antrag sämtlicher bürgerlichen Parteien verhandelt, der die königliche Staatsregierung ersuchte, baldigst Maßregeln zu ergreifen, wodurch der Verkauf von Kunstwerken nicht mehr lebender Meister in das Ausland verboten oder durch entsprechende Ausfuhrabgaben erschwert wird. Wie Geh. Justizrat Prof. Dr. Arthur V. Schmidt in einer rechtlichen Stellungnahme zu dieser Frage in der „Deutschen Juristenzeitung" bemerkt, liegen die Dinge so, daß bei weiteren Fortschritten, wie im letzten Jahre, bald ein Viertel, vielleicht sogar ein Drittel des gesamten, vor dem Kriege auf ungefähr 100 Millionen geschätzten deutschen Kunstbesitzes in Privathänden zur Versteigerung kommen würden. Aus diesen Versteigerungen werden aber infolge der gegenwärtigen Valutaverhältnisse zahlreiche Kunstwerke in das Ausland entführt.

Nach Ansicht des Verfassers ist in der Erhaltung des deutschen Kunst- und Altertumsbesitzes ein so wichtiges Allgemeininteresse zu erblicken, daß daraus ohne weiteres die Berechtigung zu Eingriffen auch in die private Rechtssphäre hergeleitet werden kann. In der Gesetzgebung zum Schutze alten Kunstbesitzes sind uns andere Staaten seit Jahrzehnten vorangegangen. So wird an das Editto Doria Pamphili und das Editto Pacca, an das italienische Gesetz vom 13. Juni 1902, an das im Jahre 1899 verschärfte britische Gesetz von 1834, an die türkischen Gesetze von 1884 und 1907 sowie an das französische Dekret für Tunis vom 7. März 1896 erinnert. Günstige Ansätze für die zu schaffenden Allgemeinbestimmungen finden sich auch bereits in der Denkmalschutzgesetzgebung der deutschen Einzelstaaten. So machen das oldenburgische Denkmalschutzgesetz vom 18. Mai 1911 und das Lübecker Denkmalschutzgesetz vom 5. Februar 1915 jegliche Ausfuhr beweglicher Denkmäler aus dem Oldenburger, bezüglicherweise Lübecker Staatsgebiet von der Genehmigung der Denkmalschutzbehörde abhängig. Das Oldenburger Gesetz fordert eine solche Genehmigung sogar für jede Veräußerung innerhalb des Staatsgebietes selbst.

Der heute in Frage stehende Schutz unserer Kunstwerke und Altertümer ist aber nur durch eine für das ganze Reich gleichmäßig geltende Bestimmung möglich. Da vor allem schnelle Hilfe nottut, müßte sobald wie möglich eine vorläufige Verordnung des Bundesrates mit Aufstellung eines Ausfuhrverbotes für die Kriegs- und Uebergangszeit erlassen werden. Andererseits ist das Vorhandensein mannigfacher Schwierigkeiten nicht zu verkennen, vor allem ist es schwer, alle jene Werke abzugrenzen, die von der Bestimmung getroffen werden sollen. Darum schlägt Professor Schmidt Prüfungsstellen vor, die entscheiden sollen, „ob ein Werk eines nicht mehr lebenden Künstlers oder ein Altertumsstück so hervorragenden künstlerischen oder geschichtlichen Wert besitzt, daß sein Verbleiben in Deutschland im öffentlichen Interesse liegt." Außerdem wäre eine Inventarisierung des Kunstbesitzes notwendig. Zur Kontrolle schließlich sollte von jeder Veräußerung eines den Beschränkungen der Bundesratsverordnung unterliegenden Werkes der Prüfungsstelle schriftlich Anzeige gemacht werden.

Eine weitere Frage ist die Entschädigung des Eigentümers oder der staatlichen Uebernahme des Kunstwerkes im Falle des Ausfuhrverbotes. Die Erledigung dieser Frage könnte aber bis zu dem späteren Reichsgesetz vertagt werden, das nach dem Kriege die gegenwärtig erwünschte Bundesratsverordnung ablösen müßte.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Uraufführung eines Schauspiels. Aus Bremen wird uns geschrieben: Das hiesige Stadttheater brachte ein vieraktiges Schauspiel der bekannten Hamburger Dichterin Johanna Wolffs „Susannens Rosengarten" zur erfolgreichen Uraufführung. Die Heldin des Dramas verliert ihr Glück, ihren „Rosengarten", weil sie den Aufstieg ihres Mannes, eines Bühnendichters, zu Erfolg und einem großen hoffnungsreichen Wirkungskreis mit dem Opfer ihrer Frauenehre erkämpft. Als ihr Gatte erfährt, was sie getan, läßt er sie schaudernd zurück, ohne zu glauben, daß sie nur aus Liebe zu ihm gehandelt, aber auch — ohne von sich zu werfen, was er doch nur ihrem Opfer verdankt. Trotzdem wartet sie darauf, daß er sich zu ihr zurückfindet; aber als er nun wirklich kommt, ist es nicht die Erkenntnis, daß er ihr Unrecht getan, sondern nur die alte Neigung, die ihn zurücktreibt. Da trennt sie sich von ihm, da sie fühlt, daß er die für sie innerliche Notwendigkeit ihres Opfers nie begreifen wird. Dieser letzte Teil des Werkes ist nicht so klar und zwingend motivierend, wie das schwierige Problem es erfordert. Es ist, als sei der Bruch bereits nach dem dritten Akt endgültig vollzogen und der letzte nur noch daran gesetzt, um seine Unvermeidlichkeit noch einmal recht deutlich auseinander zu setzen. Aber wenn auch die Dichtung überhaupt im Problem stecken bleibt, und die Charaktere, die nur um seinetwillen dazusein scheinen, nicht allzu reich und tief entwickelt sind, so ist das Stück doch so folgerichtig aufgebaut, und in der Handlung selbst liegt so viel zwingende Kraft, daß sich ein beträchtlicher Bühnenerfolg ergab, nicht zum wenigsten dank der stimmungweckenden Inszenierung durch den Spielleiter Dr. Alwin Kronacher und die lebensvolle natürliche Darstellung der Hauptrollen.

* **Der Hofkapellmeister als Baritonersatz.** Im Münchener Residenztheater wurde am Montag, den 28. Januar, die Strauß'sche Oper „Ariadne auf Naxos" aufgeführt. Für den erkrankten Bariton, der sonst die beiden Rollen des Musiklehrers und Harlekin sang, waren zwei Gäste aus Mannheim berufen. Doch konnten sie nicht rechtzeitig zu Beginn der Vorstellung eintreffen, da der Zug große Verspätung hatte. Ein bis Augsburg entgegengesandtes Hofautomobil mußte im Nebel einen Umweg machen. Es war bereits 7 Uhr vorüber, es wurde halb 8 Uhr, und mehr. Das Publikum ließ sich nicht mehr weiter vertrösten, die Vorstellung mußte endlich beginnen oder die Theatergäste heimgeschickt werden. Da trat Hofkapellmeister Heß, der die Oper dirigieren sollte, kurz entschlossen in die Lücke; wie er war, im Frack, betrat er die Bühne und sang die Rolle des Musiklehrers aus dem Klavierauszug. Der im Theater anwesende Komponist Richard Strauß selbst war sofort an das Kapellmeisterpult getreten und leitete das Orchester. Das improvisierte Gastspiel verlief unter großem Beifall ohne Störung. Die kurz vor Schluß der Vorstellung erst im Automobil eintreffenden Mannheimer Künstler kamen nicht mehr zum Auftreten.

führers nicht mitspielen werden. Wir werden noch abwarten müssen, wie sich die Beziehungen zur Ukraine klären. Solange mag wohl auch die Verhandlung mit den Russen in der Schwebe bleiben, aber keine Minute länger als nötig ist. Trotzki muß in Brest-Litowsk von Anfang an erkennen, daß sein Spiel mit dem Frieden ein Ende hat. Will er den Frieden nicht ehrlich, so wird er auch vor die Wahl gestellt werden müssen, die notwendigen Folgen daraus zu ziehen. Nicht wir haben diese Folgen zu fürchten.

Lansdowne über die Friedensfrage.

):(London, 1. Febr. Eine Abordnung, hauptsächlich aus Journalisten u. Schriftstellern bestehend, überreichte dem Lord Lansdowne eine Adresse in Anerkennung seiner dem Lande durch seinen Brief an den „Daily Telegraph" am 29. November geleisteten Dienste. In seiner Antwort verwahrt sich der Lord gegen jene, die in seinem Briefe einen Ausbruch von Schwachmut erblicken. Er erklärt, daß er und seine Freunde nur auf die Ehre des Landes bedacht und ebenso wie seine Kritiker entschlossen seien, daß der Krieg mit einem ehrenhaften Frieden enden müsse. Bezüglich des Zweckes des Briefes erklärte der Lord, daß die Kriegsziele zwar inzwischen bekannt gegeben seien, daß aber ihre ursprüngliche Fassung einer Erklärung bedurft hätten. Er habe keine Klage gegen die Regierung. Die Schwierigkeiten, in denen sie sich befinde, müsse man berücksichtigen. Glücklicherweise ständen England Verbündete zur Seite. Nach der allgemeinen Ansicht scheine es undenkbar, gegen irgend einen der Verbündeten illoyal sein zu können. Er glaube, daß alle bereit seien, diesen schrecklichen Krieg bis zu einem klaren Frieden fortzusetzen. Es dürfe aber keine Gelegenheit versäumt werden, diesen Frieden näher zu bringen. Daß ein vollkommener Sieg im Felde in Sicht sei, werde von keiner maßgebenden Persönlichkeit behauptet. Ein Zersetzungsprozeß würde sehr lange dauern, und man müsse sich vorstellen, daß eine Verlängerung des Krieges um zwei Jahre gleichbedeutend wäre mit dem Anwachsen der Staatsschuld, zunehmender Knappheit an Lebensmitteln und einem Leidenszustand der ganzen zivilisierten Welt. Deshalb müsse ein ehrenhafter dauernder Friede zu rechter Zeit zu erreichen versucht werden. Der einzige Weg dazu sei die Annäherung aller Mächte dahin, jeden internationalen Streit einer Art internationalen Gerichtshofes zu überweisen und gegen alle verbrecherischen und widerspenstigen Teilhaber Zwang anzuwenden. Die Teilnahme Deutschlands an einem solchen Uebereinkommen wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung des preußischen Militarismus.

Wilsons Friedensplan.

hz. Berlin, 1. Febr. Nach einer Meldung aus Washington soll Wilson jeden Sonderfrieden mit Oesterreich ablehnen, jedoch sich bereit erklärt haben, mit Oesterreich zu verhandeln, wenn sich Frankreich, England und Italien diesen Verhandlungen anschließen und einen Sonderfrieden mit Oesterreich-Ungarn wollen.

Eine neue Hetzrede Wilsons.

* Washington, 1. Febr. (Reuter.) In einer Rede besprach Wilson die Gründe, die die Vereinigten Staaten gezwungen hätten, in den Krieg einzutreten, und sagte, Deutschland habe nicht allein die Gesetze der Gerechtigkeit gröblich verletzt, sondern auch die lange bestehenden Verpflichtungen des Völkerrechtes und die Verträge. Die Regierenden in Deutschland, führte er aus, suchten ihre Macht in solcher Weise auszuüben, daß unser wirtschaftliches Leben abgeschnitten würde, soweit unser Verkehr mit Europa in Betracht kommt, und unser Volk auf unsere Erdhälfte zu beschränken, indessen sie Absichten verwirklichen könnten, die jeden Fortgang unseres nationalen Lebens verkümmerten und verhinderten und das Geschick Amerikas der Gnade der kaiserlichen Regierung überliefert werden würde. Bei Besprechung der Ernte von 1917 sagte Wilson, es sei dringend geboten, das Erreichte nicht nur zu wiederholen, sondern zu steigern. Die Regierung werde in jeder nötigen Weise helfen und er glaube, daß die Arbeit und Intelligenz und Hingabe der amerikanischen Landwirte den Krieg zu einem ruhmreichen Ende bringen würde.

Ein nordischer Bund unter Englands Führung?

WTB. Köln, 1. Febr. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin vom 1. Febr.: Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll England die Errichtung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England absolut feindlich gegenüber, da es hierdurch eine Bedrohung seiner Aus- und Einfuhr nach Rußland erblickt, die bisher ausschließlich über die baltischen Häfen ging. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Vernehmen nach Beziehungen zu estnischen und lettischen Kreisen angeknüpft, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegenarbeitet. Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen steht auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen.

Die italienischen Sozialisten.

WTB. Bern, 1. Febr. „Secolo" verlangt die Veröffentlichung und Freigabe der Diskussion über das Londoner Abkommen, damit ersichtlich werde, daß sich Italien nur zur Verteidigung seiner Nationalität schlage und keinerlei imperialistische Ziele verfolge. Dies würde besonders auch zur Beruhigung der Serben über die italienischen Adriapläne dienen.

WTB. Bern, 2. Febr. Mailänder Blätter berichten aus Rom, daß Lazarri, der Sekretär der offiziellen sozialistischen Partei, verhaftet worden ist.

Der Demonstrationsstreik.

Der Ausstand in Mannheim.

Mannheim, 2. Febr. Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzenden Industriebezirke sowie der Allgemeine Fabrikantenverein teilten auf Anfragen aus Arbeiterkreisen mit, daß sämtliche Betriebe nach Möglichkeit im Gange gehalten werden, und daß jeder einzelne Arbeiter sofort bei der Rückkehr nach seiner Arbeitsstelle Arbeitsgelegenheit findet. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bewegung allmählich abflauen, und daß spätestens am Montag von einem großen Teil der Arbeiter die Arbeit wider aufgenommen wird.

Ausschreitungen in München.

WTB. München, 1. Febr. Der Polizeibericht teilt mit: In den gestrigen Streikversammlungen ließen sich bedauerlicherweise mehrere Personen zu einer Handlung hinreißen, die gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Infolgedessen mußten gestern abend und heute morgen 6 männliche und 4 weibliche Personen vorläufig festgenommen werden. Unter den vorläufig festgenommenen Personen befinden sich Schriftsteller, Kurth Eisner und Frau Sara Lerch-Radirowitz, früher russische Staatsangehörige.

Der christliche Metallarbeiter-Verband.

WTB. Duisburg, 2. Febr. Der Vorstand des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands erläßt einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem mit Befriedigung darauf hingewiesen wird, daß im Verhältnis zur Gesamtzahl im Reiche nur ein kleiner Bruchteil Pflichtvergessener die Arbeit niederlegte. Durch die Streiks würden weder die Arbeiterinteressen gefördert, noch die Versorgung mit Lebensmitteln gebessert, sondern sogar verschlechtert. In der Stunde, da das Vaterland von allen Seiten bedroht sei, sei der Streik ein Verrat an der Heimat, wie an den Söhnen und Brüdern an der Front. Ihnen sei es die Heimat schuldig, alle Kräfte in den Dienst der Produktion zu stellen, damit sie nicht wehrlos den Feinden gegenüberstehen. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Mitarbeiter, Kollegen und Kolleginnen, in ihrem eigenen Interesse wie bisher auch in Zukunft ihre Pflicht zu tun, und auch später allen Putsch- und Streikversuchen mit Energie entgegenzutreten.

Ueber die Streikbewegung im Reich

liegen der „Frankf. Ztg." noch folgende Meldungen vor:

O Kassel, 1. Febr. Die Streikenden sämtlicher Betriebe in Kassel haben heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Zu Maßregelungen irgendwelcher Art ist es nicht gekommen. Die Werkleitungen haben von den Erklärungen der Streikleitungen Kenntnis genommen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Lohndifferenzen, sondern lediglich um eine Demonstration mit politischem Charakter gehandelt hat.

O Köln, 1. Febr. Der Streik in den Kölner industriellen Werken ist beendet, nachdem eine soeben stattgefundene Vertrauensmännerversammlung in Gegenwart des Regierungspräsidenten beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen.

O Bielefeld, 1. Febr. Die Arbeiter der Dürkopp-Werke sind seit vormittag ausständig, andere Werke werden im Laufe des Tages folgen.

O Dortmund, 1. Febr. Auf den sechs Zechen im Stadtgebiet ist heute die Gesamtbelegschaft angefahren. Auch auf den Zechen des Landkreises sind nur geringe Minderheiten ausständig.

O Hamburg, 1. Febr. Nachdem bereits gestern über die Hälfte der auf den hiesigen Werften streikenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hat, haben sich nunmehr auch die Betriebsausschüsse der Ausständigen in Hamburg für die einhellige Wiederaufnahme der Arbeit am Samstag, den 2. Februar ausgesprochen.

O Gotha, 1. Febr. Die meisten Fabriken für Heereslieferungen streiken, doch nirgends vollständig.

O Leipzig, 1. Febr. Die Zahl der Streikenden bei den Flugzeugwerken in Leipzig-Lindenthal ist von 1000 auf 180 zurückgegangen. Auch im Uebrigen ist die Streikbewegung im Leipziger Bezirk abgeebbt, so daß in den meisten Bezirken die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Schnelle Justiz.

* Köln, 1. Febr. Die „Kölnische Volkszeitung" meldet: Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht Köln ist heute vormittag der Dreher Bernhard Hammer, der ohne Erlaubnis Flugblätter verteilt hatte, mit beschleunigtem Verfahren wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr Festungshaft verurteilt worden. Als mildernder Umstand ist in Betracht gezogen worden, daß er bisher unbestraft ist und den Feldzug mitgemacht hat.

*

Ein Aufruf an die Arbeiter Badens.

Durch Anschlag an den Anschlagsäulen und im Inseratenteil der Zeitungen gibt der Kommandierende General des 14. Armeekorps einen Aufruf bekannt, der außerordentlich schlagend darauf hinweist, wie sehr der Demonstrationsstreik den Jubel der Feinde hervorgerufen hat. Was war die Antwort auf den Friedensstreik der Oesterreicher? Ein neuer furchtbarer und verlustreicher Angriff auf ihr Tirol! Dasselbe würde unsere deutschen Brüder an der Front erwarten. Der Aufruf weist weiter darauf hin, wie ja wir alle das gleiche erstreben, Frieden nach außen, Bestand und Sicherheit des Reiches. Und doch soll Arbeit und Pflicht verlassen werden? Kein Volk genießt mehr Freiheit im Innern als das deutsche. Und doch soll der Feind ein Bild der Uneinigkeit sehen? Der außerordentlich eindrucksvolle Aufruf schließt mit folgenden Worten:

Es kann Euer Wille nicht sein, den Arm des kämpfenden Bruders zu lähmen, den Mut des schon geschwächten Feindes wieder zu beleben. Noch ist die Zahl unserer Gegner übergroß! Noch zielen sie alle unverhüllt auf das Herz des deutschen Volkes, auf sein wirtschaftliches Leben, das allein uns alle ernährt. Deshalb: Bleibt treu Eurer Bruderpflicht, kehrt zum Werke zurück!

Wir können nur recht von Herzen wünschen, daß diese überzeugenden und warmen Worte patriotischer Sorge Eingang in die Herzen unserer Arbeiter finden und den Prozeß der Selbstbesinnung mächtig fördern werde, der ja erfreulicherweise schon überall einzusetzen beginnt.

*

Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete beim Reichskanzler.

WTB. Berlin, 2. Febr. (Amtlich.) Die Abgg. Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann sind heute Vormittag vom Reichskanzler zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Stellvertreter von Payer, der Staatssekretär Wallraf und der Minister des Innern Drews teilnahmen. Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmänner der streikenden Arbeitergruppen ernannt werden möchten, um in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streik geschaffene Lage zu beraten. Der Reichskanzler stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, gesetzwidrige Handlungen gutzuheißen oder gar für ihre Fortsetzung einzutreten, nicht befürworten könnte. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streikenden aufs neue den Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln, würde sie die Lage nur weiter verschärfen, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten könnte. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliege, daß die Besprechung lediglich dahin wirken werde, den Streik zu beenden und alle allgemein politischen Wünsche der Arbeiter künftig auf dem gesetzmäßigen Wege über die Volksvertreter an die Regierung gelangen zu lassen, könne diese den Vorschlag der Abgeordneten nicht in Erwägung ziehen.

Die Wirkung des Streiks in England.

hz. Rotterdam, 1. Febr. „Daily Chronicle" schreibt: Die Vorgänge in Deutschland schaffen eine völlig veränderte politische Lage. Angesichts der neuen Verhältnisse in Deutschland darf die Entente keine Veranlassung nehmen zu verhandeln, sondern sie muß abwarten, um einen vollständigen Sieg zu erringen. Die „Times" melden aus Washington: Die „New York World" bereitet in einem langen Artikel zur deutschen Streikbewegung auf eine Vertagung der Stellungnahme Amerikas zu den letzten Friedensreden in Berlin und Wien vor.

Für einen „Frieden der Kriegsbeschädigten!"

Der „Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich" richtet folgenden Aufruf an die Kriegsbeschädigten:

Kameraden! Die breite Unterlage unseres Verbandes ist und bleibt die parteipolitische Neutralität. Allein maßgebend für uns sind nur die Interessen der Kriegsbeschädigten. Wir blicken weder nach rechts noch nach links und streben nur unserem Ziele zu: Wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsbeschädigten. Unter Mitwirkung aller Kräfte trachten wir es zu erreichen, und so können wir es auch nur erreichen. Deshalb halten wir es für verderblich, wenn sich die Kriegsbeschädigten einseitig ins Schlepptau irgend einer Partei nehmen lassen, oder noch schlimmer, wenn sie sich zu Parteizwecken mißbrauchen lassen. Es ist überaus beschämend und verletzend, wenn man sieht, wie man mit uns Reklame zu machen sucht, eine Reklame, die wir zu zahlen haben.

Ein solch abstoßendes Bild zeichnete Sonntag, 11. November, der sozialdemokratische „Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer" in Berlin. Er stellte die Kriegsbeschädigten mit ihren „leeren Aermeln" und „hinkend an zwei Stöcken" aufs Podium zur Schau, wies mit großer Geste auf sie hin und erklärte, daß hiermit der Beweis erbracht sei, daß die Kriegsbeschädigten als die berufensten Männer für einen Verständigungs- d. h. Verzichtfrieden seien. Der Bund hielt hiermit, was er schon in seinem Programm im Mai d. Js. versprochen hatte: auf Kosten der Kriegsbeschädigten will er der sozialdemokratischen Partei Wasser auf die Parteimühle führen.

Kameraden! Durch das Vorgehen des Bundes sind auch wir gezwungen, Stellung zur Friedensfrage zu nehmen. Wir setzen uns zusammen aus Angehörigen aller Parteien, haben neben Zentrumsleuten und Nationalliberalen in großer Zahl auch Sozialdemokraten in unseren Reihen stehen. Wir sind aber in erster Linie Kriegsbeschädigte, und als Kriegsbeschädigte nehmen wir auch Stellung zum Frieden. Was wollen wir: unsere und vor allen Dingen unserer schwer beschädigten Kameraden wirtschaftliche Sicherstellung, d. h. auskömmliche Löhne und Gehälter, erhöhte Renten usw. Kann uns das ein geschwächtes Deutschland bieten, kann uns dieses ein schlechter Frieden bringen? Das Rechenexempel ist sehr einfach: Die Verelendung ist unser Los, wenn wir in diesem Kriege schlecht abschneiden. Wir Kriegsbeschädigte sind mit defekten Maschinen zu vergleichen, die man aber ausschaltet, wenn die Zeiten ruhiger werden. Und wirtschaftlich ruhige, schlechte Zeiten bringt uns schlechter Frieden.

Und dann unsere Renten! Nicht um einen Heller werden sie erhöht werden können, wenn zu den furchtbaren Lasten des Reiches noch die Bürde eines schlechten Friedens hinzukommt! Warum standen wir denn draußen Monat um Monat in Not und Tod, bis es uns traf? Deshalb, daß wir jetzt das alles, was wir mühsam Schritt um Schritt erkämpft und gegen eine Uebermacht hielten, sang- und klanglos und mit einer höflichen Verbeugung zu unserem Schaden herausgeben? Das ist ja sinnwidrig! Baut sich denn jemand mit schwieligen Händen ein Haus, um es hinterher anzuzünden und sich obdachlos zu machen? Einem solchen Toren würden wir Kriegsbeschädigte gleichen, wenn wir für einen solchen Verzichtfrieden einträten. Unser Kapital, das wir draußen anlegten, muß Zinsen bringen! Sicherlich ersehnen wir den Frieden, gerade wir! Aber was nützt uns ein hoffnungsloser Frieden, wenn er uns schlimmer drückt als der Krieg heute! Die Forderung unserer wirtschaftlichen Sicherstellung ist gleich der Forderung eines starken Deutschlands, und dieses starke, blühende Deutschland, für das wir draußen kämpften und bluteten, kann nur aus einem guten Frieden hervorgehen, einem Frieden, der der gebrachten Opfer wert ist, einem Frieden der Kriegsbeschädigten, für den wir hier laut im Gegensatz zu dem Berliner Bund eintreten.

Bunte Chronik.

* Vom Scharfrichter Mengis. Wir lesen in den „Basler Nachrichten": In Rheinfelden starb gestern Th. Mengis, der bekannte Scharfrichter im Alter von 79 Jahren. Das Scharfrichteramt wurde seit mehr als 300 Jahren in dieser Familie ausgeübt, und wie dies Handwerk es mit sich bringt, war auch die „Schwarzkunst" hier zu Hause. Eine vor ca. 20 Jahren 90jährig verstorbene Tante des Heimgegangenen war die berühmte Wahrsagerin Mengis, deren Kunden aus dem ganzen Elsaß und dem badischen Oberland zusammen strömten. Ein Teil dieses Nimbus überging dann auf den Scharfrichter und er wurde förmlich gedrängt, wahrzusagen. Trotzdem er das Zeug dazu nicht hatte, war der Zudrang zu seiner Weisheit doch enorm, und oft sagte er: „Wenn die Leute halt wollen angelogen sein, kann man ihnen ja den Gefallen tun." Und er tat es redlich. Vor einigen Jahren verschwand auf dem Schwarzwald ein Mädchen. Es wurde allerhand gemunkelt, aber die Untersuchung förderte nichts zu Tage. Der eigene Vater stand im Verdacht, und nachdem er dies inne wurde, erklärte er offen, daß er zum Mengis nach Rheinfelden gehe, seine Unschuld werde sich dann schon weisen. Das wirkte Wunder. Man sagte sich, ein Mensch mit einem schlechten Gewissen geht doch nicht zum Mengis. Der Mann kam also zum Mengis und erzählte ihm seinen Fall. Mengis sah ihn scharf an, drehte seinen martialischen Schnurrbart und frug ihn, ob er ihm nun alles gesagt habe. Auf dessen Bejahung forderte er den Mann auf, in den an der Wand hängenden Spiegel zu schauen. „So, und was haben Sie gesehen?" „Nichts", sagte der Mann. „Nun, dann gehen Sie nach Hause, und wenn Sie die Gartentüre öffnen, wird der Mörder in der Nähe des Hauses sein." Die Medizin wirkte. Nach einigen Tagen wurde er verhaftet infolge seines auffälligen Benehmens und erklärte vor dem Untersuchungsrichter: „Der Mengis in Rheinfelden hat einen Spiegel, wo man jeden, der eine Schlechtigkeit begangen hat, drin sieht." — Herr Mengis wurde dann als Zeuge vor Gericht geladen. Der Richter fragte ihn, ob das stimme mit dem Spiegel, worauf er antwortete: „Sid dr au no so dumm?" — Wegen Beamtenbeleidigung erhielt er dann eine Ordnungsbuße.

× Ein seltsames Wiedersehen. Ein Geschichtchen, das zeigt, daß nicht nur das Schicksal, sondern auch ein Uniformrock seltsame Umwege zu nehmen vermag, weiß der „Daily Chronicle" zu erzählen. Vor mehr als einem Jahre kam ein Schneider im Londoner East End, der für die Regierung Uniformröcke anfertigte, auf den Einfall, in einen fertiggestellten Rock eine Karte mit der Aufschrift zu stecken: „Viel Glück demjenigen, der diesen Rock wird anziehen müssen." Seither wurden die Vorschriften über die Rekrutierung erheblich verstärkt, und so mußte auch unser Schneider vor einigen Tagen seine friedliche Werkstatt verlassen, um sich auf dem Kasernenhof als künftiger Westfrontkrieger vorzustellen. Er erhielt die üblichen Ausrüstungsstücke und kleidete sich ein. Als er aber die Hand in die Tasche seines Uniformrockes steckte, erfaßte er plötzlich die Karte, die er selbst vor einem Jahr geschrieben hatte.

Aus dem Reich.

Neue Ritter des Pour le merite.

Für ihre Verdienste in den Kämpfen bei Cambrai erhielten den Orden Pour le merite der Generalmajor v. La Chevallerie und die Majore Kloebe und v. Delius. Generalmajor v. La Chevallerie hat als Kommandeur einer Infanterie-Division sich durch hervorragenden Tatendrang, sichere Führung und vorbildliche persönliche Einwirkung auf die Truppen in vorderster Linie ausgezeichnet. Major Kloebe eroberte mit seinem Regiment die Höhe 100 westlich des Bourlon-Waldes, die er gegen zahlreiche starke Gegenangriffe der Engländer behauptete. Im Verfolgungskampf fügte er ihnen nachher überaus schwere Verluste zu. Major v. Delius zeichnete sich als Bataillonskommandeur durch vorbildliche Tapferkeit aus. In unermüdlicher persönlicher Einwirkung auf die Truppen bezwang er mit seinem Bataillon im Nahkampf den Feind bei den Kämpfen um Ort und Wald Bourlon.

Die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin

errichtet mit dem 1. Februar 1918 in Stuttgart eine Dienststelle. Aufgabe dieser Dienststelle ist die Erleichterung des Geschäftsverkehrs für alle Papierverbraucher, welche den gesetzlichen Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Papieren aller Art unterliegen. Der Geschäftsbereich erstreckt sich auf Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Zum Leiter der Dienststelle wurde Herr Derlien bestellt; die Geschäftsräume befinden sich Stuttgart, Königstraße 36III. Dienststunden 8½ bis 4½ Uhr, Sprechzeit 10 bis 12½ Uhr.

Weitere Kürzung des Tabaks.

Durch eine Verordnung wird die bei der Verarbeitung von Zigarettenrohtabak zugelassene Höchstmenge noch weiter gekürzt. Sie soll für den Monat nicht mehr einem Sechstel der in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1917 zum einfachen Kriegsauftrag herstellbaren Zigarettenmengen, sondern einem Sechstel der um 15 Prozent gekürzten im zweiten Halbjahr 1917 hergestellten Mengen entsprechen. Dem Verarbeiter soll jedoch mindestens eine Menge von 550 Gramm Rohtabak auf 1000 Stück verbleiben.

Entschädigung für Feierschichten.

* **Berlin**, 31. Jan. (Amtlich.) Vom Bundesrate wurden heute Bestimmungen erlassen, welche die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie vorsehen. Die Bestimmungen beziehen sich nur auf solche Einstellungen und Beschränkungen der Arbeit, die in der Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch Kohlenmangel herbeigeführt sind. Die Entschädigung wird für die Stunden gewährt, um welchen die betriebsübliche Wochenarbeitszeit (ohne Ueberstunden) gekürzt wird, sofern es den Arbeitgebern nicht ermöglicht wird, gegen einen der Entschädigung mindestens gleichwertigen Lohn geeignete andere Arbeit zu übernehmen. Wer durchschnittlich weniger als das Doppelte des auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohnes verdient, erhält seinen vollen durchschnittlichen Verdienst für die ausfallenden Arbeitsstunden, wer mehr als das doppelte verdient, erhält sieben Zehntel seines durchschnittlichen Verdienstes, jedoch mindestens das Doppelte und höchstens das Vierfache des Ortslohnes.

Die durch die Entschädigung entstehende Belastung trägt fünf volle Arbeitstage oder die ihnen entsprechende Anzahl von Stunden der Arbeitgeber allein. Für den 6. Arbeitstag wird keine Entschädigung gewährt, während für die fernere Zeit zwei Siebentel der Entschädigung der Arbeiter und fünf Siebentel das Reich trägt.

Aus dem Großherzogtum.

+ **Freiburg**, 2. Febr. Im 78. Lebensjahr ist Kommerzienrat Berthold Welte, der Mitinhaber der seit 1832 hier bestehenden Orchestrionfabrik W. Welte und Söhne, gestorben. Er bekleidete eine Reihe Ehrenämter und gehörte politisch der nat.-lib. Partei an. Mit ihm ist einer der bekanntesten Industriellen des bad. Landes aus dem Leben geschieden.

* **Neustadt** im Schwarzwald, 1. Febr. Die Fabrikanlage der Firma Johann Merz in Neustadt i. Schw., alleiniger Inhaber Herr Otto Merz, ging um den Preis von 325 000 M an die Deutsche Wollindustrie Aktiengesellschaft Freiburg i. Br. durch Kauf über. Die Käuferin ist die führende Gesellschaft eines größeren Textilindustriekonzerns und hat für den Betrieb in Neustadt unter Mitwirkung einiger Großindustrieller eine „Wollfabrik Akt.-Ges. Neustadt Schwarzwald" errichtet.

* **Lörrach**, 1. Febr. Im Alter von 76 Jahren verstarb nach kurzer Krankheit der Kaiserliche Rechnungsrat W. Gugelmeier, Vater des Bürgermeisters und Reichstagsabgeordneten Dr. Ervin Gugelmeier, hier.

△ **St. Märgen** (Schwarzwald), 2. Febr. Im Alter von 75 Jahren ist Pfarrer Adolf Albicker gestorben. 32 Jahre lang, darunter sehr viele Jahre hier, übte er im Dienst der kath. Kirche die Seelsorge aus.

⊡ **Steißlingen** bei Stockach, 2. Febr. Der seit Kriegsanfang bis in die letzte Zeit als Delegierter der Freiw. Krankenpflege tätige Frhr. Dr. Albrecht von Stotzingen wurde mit der Roten Kreuz-Medaille 1. Klasse ausgezeichnet.

* **Radolfzell**, 1. Febr. Der Bürgerausschuß nahm einen Antrag an, wonach die zwölf städtischen Lehrer eine einmalige Zuwendung von 1800 M für außergewöhnliche Leistungen in der Kriegszeit erhalten. Diese Summe soll den Leistungen gemäß verteilt werden. Das Gehalt des Bürgermeisters wurde um 2000 M auf 16 000 M erhöht.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 2. Februar 1918.

= **Mariä Lichtmeß.** Der 2. Februar ist als Mariä Lichtmeß bekannt, wenn das Fest jetzt auch nicht mehr allgemein gefeiert wird. Der Tag heißt aus Mariä Reinigung und an ihm gedachte man der Darstellung des jungen Jesus im Tempel, 40 Tage nach seiner Geburt. Papst Sergius hat die Lichtmeßprozessionen eingeführt, seit dem 11. Jahrhundert nahm man auch die Kerzenweihe am 2. Februar jeden Jahres vor. Eine weitverbreitete Bauernregel weist darauf hin, daß die Tage wieder beträchtlich zugenommen haben. Ihr Wachstum beträgt seit den kürzesten Tagen 1 Stunde 23 Minuten.

= **Sein 25jähriges Dienstjubiläum** feiert morgen, den 8. Febr., Kriminalwachtmeister Wilhelm Stöcklin, ein pflichtgetreuer und tüchtiger Beamter.

= **Gefangenenfürsorge.** Es wird uns geschrieben: Tausende von Söhnen unseres deutschen Vaterlandes befinden sich in feindlicher Kriegsgefangenschaft, in schwerer leiblicher und geistiger Not. Immer wieder dringt ihre Klage in die Heimat und es tönt aus ihr laut der Schmerz über die geistige Not, die sie zu erdulden haben. In tausenden von Briefen, oft voll von rührender Wehmut, bitten sie um die Bibel und um andern guten Lesestoff. Die Evangelische Blättervereinigung für Soldaten und kriegsgefangene Deutsche in Bad Nassau a. Lahn versorgt gegen 80 000 Gefangene mit regelmäßigen Zusendungen. Wer über diesen Zweig vaterländischer und christlicher Liebestätigkeit näheres erfahren möchte, möge den Vortrag des Geschäftsführers der Blättervereinigung, Sonntag, den 3. Februar, nachmittags ½5 Uhr, im großen Rathaussaal hören. Siehe Anzeige.

Ueber „Grundlagen der Ernährungspolitik Deutschlands" sprach Dr. Wohlmannstetter, Referent im Kriegsernährungsamt, am Mittwoch Abend im großen Rathaussaal in einer vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen veranstalteten öffentlichen Versammlung. Er führte etwa aus: Die behördliche Regelung der Lebensmittelversorgung ist notwendig, einmal weil wir durch den Wegfall der Einfuhr und Rückgang der inländischen Erzeugung weniger Lebensmittel haben wie in Friedenszeiten, sodann weil eine vollständige Verschiebung der Ernährungswirtschaft eingetreten ist und schließlich weil verkehrstechnische Gründe dazu zwingen. Im Jahre 1917 haben wir den Höhepunkt der Ernährungsschwierigkeiten erreicht, wir haben durchgehalten und den Beweis erbracht, daß wir nicht ausgehungert werden können. Eingehend behandelte der Redner die Einflüsse des Krieges auf die Erzeugung und den Verbrauch der hauptsächlichsten Lebensmittel, wie z. B. Getreide, Kartoffel, Fleisch usw., die Veränderungen im Jahresgang unserer Versorgung, sowie die durch den Kohlenmangel aufgetretenen Schwierigkeiten. Im laufenden Versorgungsjahr haben wir durch die gute Kartoffelernte eine wesentliche Erleichterung erfahren, andererseits aber treten in der Fett- und Fleischversorgung Schwierigkeiten auf. Auf die verhängnisvollen Folgen des Schleichhandels wies Redner besonders hin. Das Kriegsernährungsamt hat eine schwierige Aufgabe, den Verhältnissen gerecht zu werden, es ist bemüht, alles zu tun, um das Durchkommen zu erleichtern, es bedarf hierzu aber auch tatkräftiger Unterstützung seitens der Bevölkerung. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine wertvollen Darlegungen. Die Versammlung, welcher Vertreter militärischer, staatlicher und städtischer Behörden sowie mehrere Landtagsabgeordnete beiwohnten, wurde von dem 1. Vorsitzenden, Oberpostsekretär Manz geschlossen mit dem Wunsche, daß die klaren Ausführungen des Redners dazu beigetragen haben, manche Sorgen und Zweifel über unsere Ernährungswirtschaft zu beheben.

⊙ **Colosseum.** Der gestrige Abend brachte eine neue Spielfolge; um es vorweg zu sagen: sie reiht sich ebenbürtig ihren Vorgängern an. In „Romanis" Musika-Akt wird ganz Hervorragendes geboten. In wundervoller Reinheit und Schönheit entquellen dem Piston und phantasievollen Nachbildungen dieses Instruments die Töne. Das Hornquartett, von einem Mann und zwei Damen geblasen (zum Vortrage kam Schuberts: Das Meer erglänzte weit hinaus) gelang überraschend schön, trotzdem der Künstler zwei Instrumente gleichzeitig spielte. Der Scherz mit der „Posaune von Jericho" ergab einen humorvollen Abschluß dieser erstklassigen Darbietung. Auch die Gruppe Sandor und Irma, hervorragender akrobatischer Akt, muß als vorzüglich bezeichnet werden durch die staunenswerte Sicherheit ihrer Leistungen und die Schönheit der Ausführung. Max Falke versteht durch seine humoristischen Gesänge famos zu unterhalten, ebenso wurde die Vortragskünstlerin Mia Mara von den Zuhörern sehr gerne aufgenommen. Die übrigen Gruppen: Tilli Abott und Partner, Equilibristen, Geschwister Robertis, akrobatisches Tanzduett, und Grete und Fr. Endrikat, komisches Verwandlungsduett, reihten sich gut in die ganze Vortragsfolge ein. Das Orchester fand sich gut in die zum Teil sehr schwierigen Begleitungen ein.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung vom 31. Januar 1918.

Kaisers Geburtstag. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern bei dem von der Stadtverwaltung zur Feier des Geburtstags S. M. des Kaisers am 26. Januar im Konzerthaus veranstalteten Festakt betragen einschließlich einer Spende Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von 100 M im ganzen 692.08 M, die der städt. Kriegsfürsorge überwiesen werden. Der Stadtrat dankt allen denen, die zum Gelingen der Feier beigetragen haben.

Feststellung des Gemeindevoranschlags für 1918. Der Entwurf des Voranschlags für 1918 wird genehmigt und dem Bürgerausschuß mit Antrag auf Zustimmung vorgelegt. Von den umlagepflichtigen Steuerwerten und Steuersätzen werden wie bisher erhoben: 37 Pfg. von 100 M Steuerwert des Liegenschaftsvermögens und des Betriebsvermögens, 16 Pfg. von 100 M Steuerwert des Kapitalvermögens, 59,2 Pfg. von 1 M der Steuersätze, welche nach dem Gesetze vom 22. Dezember 1917 der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zu Grunde gelegt werden. Nach dem Voranschlag 1918 betragen die Gesamteinnahmen ohne allgemeine Umlagen 10 657 508 M (1917: 9 969 689 M), die Gesamtausgaben 17 856 414 M (1917: 16 473 032 M). Der ungedeckte Aufwand beträgt 7 198 906 M (1917: 6 503 343 M).

Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung zu einigen Aenderungen und Ergänzungen der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe vom 3. Dezember 1912 beantragt.

Sachbeschädigung. Nach Mitteilung des Gr. Forstamts wurden in der Nacht vom 27. auf 28. Januar d. Js. im Stadtwalddistrikt Rißnert in der Nähe der Gartenstadt Rüppurr etwa 60 Ster fertigaufbereitetes Brennholz gewaltsam auseinandergerissen und das Holz im Schlag herum zerstreut, so daß es nochmals zusammengetragen und aufgesetzt werden mußte. Das Forstamt hat die Großh. Staatsanwaltschaft ersucht, die Bestrafung der Täter herbeizuführen. Auf die Ermittlung der Täter setzt der Stadtrat eine Belohnung bis zu 25 M aus.

Erbauung städtischer Kleinwohnungen. Um es einem Teil des Fahrpersonals der Straßenbahn zu ermöglichen, in der Nähe der Betriebsbahnhöfe zu wohnen, wird vorgeschlagen, bei dem Bahnhof Tullastraße und in der Nähe des künftigen Bahnhofs an der Hansellstraße eine größere Anzahl Wohnungen zu erstellen. Der Stadtrat heißt diesen Vorschlag grundsätzlich gut und beauftragt das Hochbauamt mit der Bearbeitung der Bauentwürfe. Mit dieser Maßnahme glaubt der Stadtrat nicht nur dem Straßenbahnbetrieb zu dienen, sondern auch, was dringend notwendig erscheint, den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Hypothekensicherung. Der den Landständen zugegangene Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken bestimmt, daß diese Bürgschaft für Darlehen an gemeinnützige Bauvereinigungen oder an solche Personen oder Stellen gewährt werden soll, die eine ausreichende Sicherheit für eine dauernd gemeinnützige Verwertung der von ihnen errichteten Kleinwohnungen geben. Der Stadtrat ist der Meinung, daß die staatliche Förderung des Kleinwohnungsbaues, wenn sie wirksam sein soll, nicht nur den sogenannten „gemeinnützigen" Bauunternehmungen, sondern auch den privaten Unternehmungen in weiter gehendem Maße zugewendet werden sollte, als dies der Gesetzentwurf vorsieht, weil nur bei reger Beteiligung dieser an der Erstellung von Kleinwohnungen der Bedarf an solchen einigermaßen wird gedeckt werden können, bei einseitiger Bevorzugung der sogenannten „gemeinnützigen" Bauvereinigungen dagegen die Privatunternehmer sich der Errichtung von Kleinwohnungen mangels der Aussicht einer hinreichenden Rente noch mehr enthalten würden, als dies vor dem Kriege bedauerlicherweise schon der Fall war. Der Stadtrat stimmt daher einer zugleich im Namen der übrigen Städte in diesem Sinne an das Ministerium des Innern zu richtenden Vorstellung zu.

Dienstauszeichnung. Dem Stadtsekretär Robert Soulien wird in Anerkennung 25jähriger treu geleisteter Dienste die Ehrenurkunde der Stadtgemeinde verliehen.

Geschäftsreklame. Die Geschäftsreklame auf der Rückseite der Eintrittskarten (Tageskarten) für den Stadtgarten und die städtischen Eisbahnen wird auch für die Zeit vom 1. April 1918/19 wieder an die Brauereigesellschaft vormals S. Moninger vergeben.

Schenkung. Herr Kaufmann Louis Kemm hat der städtischen Handelsschule das Hand- und Lehrbuch: „Das Buch des Kaufmanns" von Gg. Obst mit der Bestimmung geschenkt, es auf Ostern d. Js. einem fleißigen Schüler der Anstalt zuzuwenden. Der Stadtrat spricht dafür verbindlichsten Dank aus.

Danksagung. Gedankt wird dem Herrn Chefredakteur Albert Herzog für Ueberreichung seiner Erinnerungsschrift: „Von Berlin nach Karlsruhe" an die städt. Bücherei und dem Verein Katholischer Kaufleute und Beamten „Fidelitas" für Ueberreichung seines Jahresberichts 1917.

Letzte Drahtberichte.

WTB. **Konstantinopel**, 2. Febr. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem Kredite angesprochen werden zur Prüfung der Frage der Herstellung einer Brücke und eines Tunnels, die Europa mit Asien verbinden sollen.

WTB. **Amsterdam**, 2. Febr. Das Reutersche Büro meldet aus Paris: Die Behörden haben das „Petit Journal" beschlagnahmt.

WTB. **Stockholm**, 2. Febr. Die Reichsbank hat den Diskont von 7 auf 6½ Prozent herabgesetzt.

Entdeckter Schleichhandel.

* **Stuttgart**, 1. Febr. Die Kriminalpolizei hat Mitte Januar auf dem Untertürkheimer Güterbahnhof rund 100 Zentner Dörrobst, 22 Zentner Erbsen und 8 Zentner Welschkorn, die im Auftrag eines Kölner Großkaufmanns aufgekauft und von hiesigen Händlern in einem Eisenbahnwagen zur Beförderung in eine westfälische Stadt verladen worden waren, beschlagnahmt und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt. Bei der polizeilichen Ermittelung hat sich herausgestellt, daß der dem Frachtbrief beigegebene Beförderungsschein in der Landesversorgungsstelle gefälscht ist und daß auch auf anderen württembergischen Bahnhöfen mehrere Wagenladungen Dörrobst und Welschkorn, die von einer größeren Anzahl Schleichhändlern beiderlei Geschlechts auf dem Lande gesammelt worden sind, teils ebenfalls mit gefälschten Beförderungsscheinen, teils unter falscher Bezeichnung aufgegeben wurden. Gegen die am Schleichhandel Beteiligten wird Untersuchung geführt. Die Hauptschuldigen Franz Arbeiter, Kaufmann aus Köln, Georg Weigold, Kaufmann von hier, Ernst Horakh, Händler von Wangen, D. Heimsch, Händler von Feuerbach und seine Ehefrau Berta, geb. Tompert, sind festgenommen.

Die Mehlversorgung in Oesterreich.

O **Wien**, 1. Febr. (Privattelegramm.) Den Blättern zufolge begaben sich der Leiter des Ernährungsamtes, Minister Höfer, sowie der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses, Generalmajor Landwehr, gestern abend nach Berlin, wo heute die Beratungen über die Mehlfrage beginnen.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. **Wien**, 2. Febr. Amtlich wird verlautbart:

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta blieb die Artillerietätigkeit lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Polen im Kriegszustand mit den Maximalisten.

* **Basel**, 2. Febr. Laut „Basl. Nachr." meldet Havas aus Kiew: Der Kommandant der Polnischen Legionen brachte dem Hauptquartier der Westfront offiziell zur Kenntnis, daß er sich mit den Maximalisten im Kriegszustand befindlich betrachte. (g. K.)

Ein Deutschen-Hetzer in der Schweiz.

WTB. **Bern**, 1. Febr. Das Bundesratsgericht befaßte sich mit der Angelegenheit Duille-Fürsprecher-Genf, der unter der Anklage steht, durch Veranstaltung einer Ausstellung von Zeichnungen Naemaekers im April v. J. die Neutralität verletzt und Deutschland beschimpft zu haben. Auf Ansuchen des deutschen Konsuls in Genf wurden damals 19 der ausgestellten Kupferstiche durch die Genfer Polizei entfernt und am 27. April auf bundesrätliche Verfügung hin weitere 46 Kupferstiche beschlagnahmt. Der Angeklagte wurde von seinem Kollegen Raisen verteidigt. Von den Zeugen sagten die meisten aus, daß die Zeichnungen Naemaekers nichts übertriebenes an sich gehabt hätten. Bundesanwalt Burkhardt beantragte als Strafmaß 1000 Fr. Buße und Einziehung der beschlagnahmten Kupferstiche. Raisen und der Angeklagte selbst beantragten Freisprechung. Das Urteil wird Freitag gefällt.

* **Bern**, 1. Febr. Der Advokat Duille in Genf wurde von der Anschuldigung der Neutralitätsverletzung freigesprochen und die Kosten der Eidgenossenschaft auferlegt.

Die feindlichen Heeresberichte.

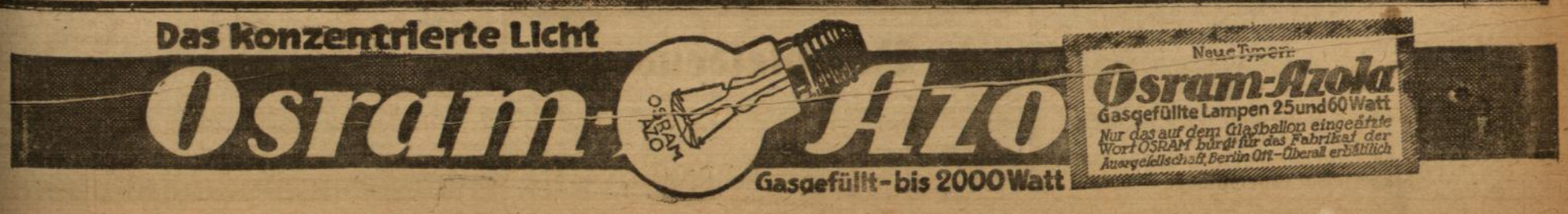
WTB. **Paris**, 2. Febr. Amtlicher Bericht von gestern. In der Gegend nordöstlich von Flirey wurde eine starke deutsche Abteilung, die gegen die französischen Linien vorzugehen versuchte, durch das französische Feuer zerstreut. Die Nacht war an den übrigen Fronten ruhig.

*

WTB. **Rom**, 2. Febr. Amtlicher Bericht von gestern. Nach seinen wiederholten und stets vergeblichen Versuchen, uns die Fortschritte, die wir in der Gegend des Sacca Rosso errungen, wieder streitig zu machen, leitete der Feind gestern früh eine heftige Unternehmung ein, um uns vom Monte di Val Bella wieder herunterzuwerfen, von dem aus in den ersten Tagesstunden unsere Abteilungen mit Schneid den oberen Teil des Meloneta les genommen hatte. Bevor jedoch der Angriff unsere Linie zu erreichen vermochte, wurden die Anstürmenden durch die wirksame Mithilfe der Artillerie unter ein vernichtendes und mächtiges Sperrfeuer genommen, das sie zwang, sich in ihre Ausgangsstellungen zurückzuziehen.

Erdbeben.

Heidelberg, 1. Febr. Der Seismograph der Königstuhl-Sternwarte verzeichnete am 30. Januar abends ein ziemlich heftiges Fernbeben. Ein kräftiger Einsatz erfolgte 10 Uhr 29,5 Minuten, ein zweiter Einsatz erfolgte zugleich als Maximum um 10 Uhr 39 Min. Die Bewegung erlosch gegen 11 Uhr 30 Minuten.



Lebensmittelverteilung

in der

Woche vom 4. bis 10. Februar 1918.

I.

1. **Graupen**
   1/8 Pfund zu 8 ₰ gegen die Marke F Nr. 73.
2. **Speisesyrup**
   1/2 Pfund zu 25 ₰ gegen die Marke G Nr. 78.
3. **Saure Rüben**
   1/2 Pfund zu 10 ₰ gegen die Marke J Nr. 78.
4. **Fett**
   100 Gramm in den Fettverkaufsstellen Nr. 237—291 einschließlich gegen die Fettmarke C und D Nr. 78.
5. **Kindernährmittel**
   Statt des Kindermehles werden 2 Pakete Zwieback zum Preis von je 25 ₰ abgegeben.
6. **Fleisch**
   225 gr (175 gr Fleisch und 50 gr Wurst).
7. **Kartoffeln**
   7 Pfund gegen die Kartoffelmarke C Nr. 78 mit Anhang. 3 Pfund auf die Sondermarke Nr. 78. Ferner für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken für Schwerarbeiter C und D Nr. 78.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 4. bis 10. Februar 1918 einschließlich.

III.

Einlösungsstellen für **Sondermarken** (Krankenzusatz- und F-Marken) für die unter 1 bis 5 aufgeführten Lebensmittel:

Die städt. Verkaufsstellen Kriegsstr. 80, Douglasstr. 24, die Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstr. 25. für Fett ferner noch Karl Dietsche, Amalienstraße 29.

IV.

Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken, Mittwoch, den **13. Februar 1918. Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.**

V.

Für die Woche vom 11. bis 17. Februar 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Teigwaren	1/8 Pfund	Eier
Kunsthonig	1/2 Pfund	Fett
Saure Rüben	1/2 Pfund	Kindernährmittel
Zucker	300 Gramm	Fleisch
		Kartoffeln.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. D 22

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe Stadt

Höchst- u. Richtpreise

gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom **4. Februar bis 10. Februar 1918** einschließlich.

Gemüse.

Rosenkohl, geschlossen	1	Pfund	60—70	Pfg.
„ offen	1	„	20	„
Blumenkohl	1	„	60—70	„
Winterkohl	1	„	18	„
Wirsing	1	„	25	„
Spinat	1	„	35	„
Schwarzwurzeln	1	„	70—80	„
Karotten, länglich	1	„	15	„
„ kleine, runde	1	„	20	„
Rote Speisemöhren	1	„	15	„
Gelbe „	1	„	10	„
Rüben, rote,	1	„	20	„
„ weiße	1	„	4	„
Bodenkohlrabi	1	„	6	„
Endivien-Salat	1	Stück	3—20	„
Feldsalat	1	Pfund	40—50	„
Sellerie ohne Kraut	1	„	60	„
Lauch	1	„	40	„
Meerrettich:				
im Durchschnittsgew. von a über 300 Gramm			90	„
„ „ „ b unter 300 Gramm			80	„
Rettich	1	Stück	2—12	„
Saure Rüben	1	Pfund	20	„
eingem. Bohnen	1	„	60	„
Topinambur	1	„	6	„

Obst.

Aepfel, Gruppe I	1	Pfund	70	Pfg.
„ „ II	1	„	38	„
Birnen, Gruppe I	1	„	63	„
„ „ II	1	„	32	„

An allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten, angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. D 23

Preisprüfungsstelle für Markttwaren.

Stadtgarten-Eintrittspreise.

Mit sofortiger Wirkung ändern sich nach dem Stadtratsbeschluß vom 10. Januar ds. Js. die Eintrittspreise zu einmaligem Besuche folgendermaßen:

Für eine erwachsene Person	50 Pfg.
Für eine Militärperson vom Feldwebel abwärts	25 Pfg.
Für ein Kind im Alter von 2—10 Jahren	25 Pfg.
Bei ermäßigten Eintrittspreisen an Sonn- und Feiertagen **jedes** Kind bis zu 10 Jahren	5 Pfg.

Kartenhefte werden nicht mehr ausgegeben.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. K 4

Städtisches Gartenamt.

Verkauf von Aepfeln.

Es sollen in der nächsten Zeit Aepfel zur Ausgabe an Einwohner der hiesigen Stadt gelangen und zwar pro Haushalt 10 Pfund zu 4 ℳ, oder 10 Pfund zu 5 ℳ.

Bestellungen sind schriftlich bei uns einzureichen; mündliche Anträge werden nicht entgegen genommen.

Im Interesse der allgemeinen Versorgung wird vorausgesetzt, daß nur solche Familien eine Bestellung einreichen, die nicht über Obstvorräte verfügen.

Auf Grund der Bestellungen werden Ausweise ausgegeben, gegen welche die Aepfel verabfolgt werden. Die Zeit der Abholung ist auf den Ausweisen angegeben und muß eingehalten werden.

Die Ausgabe des Obstes erfolgt, soweit der Vorrat reicht; einen Anspruch auf Lieferung von Obst gewähren die ausgegebenen Anweisungen nicht.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. D 24

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Alle Obstbäume, Zierbäume und Gartensträucher in Gärten und Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Eisenbahndämmen, sind bis spätestens Mitte Februar 1918 von Raupennestern zu reinigen, und die vorgefundenen Raupennester zu vertilgen.

Nach dem 15. Februar 1918 werden wir Nachschau halten lassen, ob die Vertilgungsarbeiten vorgenommen wurden. Säumige haben Bestrafung an Geld bis zu 60 ℳ oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen (§ 368' R. St. G. und § 37 F. P. O.) zu gewärtigen. Auch würde die Vertilgung in unserem Auftrag auf Kosten der Säumigen ohne weitere Aufforderung erfolgen.

Karlsruhe, 2. November 1917.

Das Bürgermeisteramt. B1.

Nutzholzverkauf. 1116

Das Forstamt **Langensteinbach** verkauft im Wege schriftlichen Angebots aus den Domänenwaldbistritten III, IV, V, VII auf dem Stock in 8 Losen: ca. 174 fm **Eichen** I.—V. Klasse und 78 fm **Rotbuchen** I. bis V. Klasse. Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Nutzholz" versehen, vor der Verhandlung einzureichen, die am **Montag, den 11. Februar 1918,** morgens 9 Uhr im Geschäftszimmer stattfindet. Die Einreichung eines Angebots gilt als Annahme der Bedingungen. Losverzeichnisse und Angebotsformulare beim Forstamt erhältlich. Vorzeiger der Hölzer in Distrikt III—V Forstwart Kieß in Langensteinbach, in Distrikt VII Forstwart Nonnenmacher in Wilferdingen.

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",

Karlsruhe, Hirschstraße 9

(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Verein Volksbildung E. V. Karlsruhe

Sonntag, den 3. Februar, vormittags pünktlich um 11 Uhr, findet die

zweite Führung durch das Großh. Kunstgewerbemuseum

(Westendstraße 81) statt unter Leitung des Herrn **Geh. Hofrat Professor Hoffacker,** Direktor des Kunstgewerbemuseums. Versammlung am Haupteingang Westendstraße. 1133

Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie

mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über

72 Millionen Mark.

Zu der am 12. u. 13. Februar stattfindenden **2. Ziehung** sind **Kauflose** noch zu haben:

1/8 Los 10 M., 1/4 Los 20 M., 1/2 Los 40 M., 1/1 Los 80 M.

Erneuerung der Lose vor dem 6. Februar erbeten bei

Franz Pecher Großherzogl. Badisch. Lotterie-Einnehmer,

Zirkel 30, Gewerbe- und Vorschussbank,

gegenüber der „Badischen Presse". 1140

+ Bruchleidende +

erkennen dankbar an, daß die gesetzl. geschützte **Hernien**-Bandage infolge sinnreicher **Konstruktion, ohne jede Feder,** dauerhaft **aus Leder, nach Maß** angefertigt, Tag u. Nacht bequem tragbar ist. Die einzigartig konstruierte Pelotte hält jeden, selbst den größten Bruch wie eine **schützende Hand von unten herauf zurück.** Vorzüglich bewährt. Tausende im Gebrauch. Schriftl. Garantie. **Hernien-Bandagenhaus, Halle a. S.,** Lieferant von Krankenkassen und Militärlazaretten. Sehen Sie sich Muster an in **Karlsruhe am Montag, den 4. u. Dienstag, den 5. Februar,** von 9—5 Uhr im Hotel Darmstädter Hof.

Sonntag, den 3. Februar, nachm. 1/2 5 Uhr im großen Rathaussaal

Vortrag

des **Geschäftsführers** der Evang. Blättervereinigung für Soldaten und kriegsgefangene Deutsche in Bad Nassau (Lahn) über:

„Die geistige Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen im Auslande".

Eintritt frei.

Für freiwillige Gaben ist beim Ausgang Gelegenheit geboten.

Badischer Kunstverein.

Sammlung des Frankfurter Stadtverordneten Herrn **R. Flauaus:**

„Fritz Boehle und seine Zeitgenossen".

Täglich geöffnet von **11—1 Uhr** und **2—4 Uhr.**

Eintritt für Nichtmitglieder **50** Pfg. 116

Schluss am 28. Februar einschliesslich.

Der Vorstand.

Unentgeltliche

Geld- und Paketüberweisung

an kriegs- und zivilgefangene Deutsche

besorgt der

Badische Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: **Auskunftsstelle für Verwundete u. Vermißte.**

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, **Kronenstr. 24.** 1137

Brennholz-Verkauf

Buchen u. eichen, gesägt per Ztr. M. 4.90

Buchen u. eichen, gespalten per Ztr. M. 5.10

für alle Heizungen zum Strecken des Bedarfs von Kohlen u. Koks verwendbar.

Tannen und Forlen, gesägt per Ztr. M. 5.90

Tannen und Forlen, grob gespalten per Ztr. M. 6.10

Fein gespaltenes Anfeuerholz per Ztr. M. 6.80

ab Lagerplatz **Schlachthofstraße 13.** 1070

Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis.

Ludwig Braun

Holzhandlung

Telephon Nr. 5222.

Bitte genau auf Adresse und Telephon-Ruf zu achten. — **Verkauf nur nach Gewicht.**

Festes imprägniertes

Press-Spaltplatten-Leder

(Leder-Ersatz)

3 1/2—5 Pfund schwer, 5—6 mm stark und ca. 55X45 cm groß = 6—8 Paar B-Sohlen und Absatz-Zwischenflecke; Probeplatte Mk. 13.25 frei Porto u. Verpackung. 12010

HEINRICH LANGER

Heidenau-Dresden.

Wer National-

Kontrollkassen

verkaufen will, berichte Nummern und Preis unter 15006/II an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Heirat.

Geb. Dame, Wwe., Anfang 40, v. sehr angen. Äußeren, m. ein. erwachs. Sohne sehr schön. Einricht., 10000 M. Vermög. m. sich gerne wieder verheir. m. gebildet. Herrn. Mittl. od. höh. Beamte bevorz. Nur wirkl. ernstgem. Ang. bittet man a. d. Geschäftsst. ds. Bl. unt. Nr. 7008 zu richten. Gewerbsm. Vermittler erbeten.

Junges Mädchen

das als Herrenfriseur ausgebildet ist, **sucht in einem guten Geschäft**

Stellung.

Angebote an Frl. **Kallmeyer,** 8016 **Bremen,** Lindenhofstr. 26.

Einige

Frauen u. Mädchen

die gerne **Gartenarbeiten** verrichten, finden Beschäftigung beim

Städt. Gartenamt

Ettlingerstraße 6. 22

Besseres

Alleinmädchen

sauber u. zuverlässig, welches kochen u. einmachen kann, zum **15. Febr.** evtl. auch **früher,** für 3 Personen — Villenhaushalt **gesucht.** Angeb. m. Gehaltsangabe und Bild an 1103 **Clemens,** Achern (Baden).

L. z. Tr. 1141

Montag, den 4. II. 18

8 Uhr

Vtrg. m. Schw.

Großherzogl. Hoftheater. 1020

Spielplan für die Zeit vom 3. Februar bis 11. Februar 1918.

So. 3. im Hofth. A. 33. Die Meistersinger von Nürnberg. 1/2 5 bis n. 1/2 10. (6 ℳ.), im Konzerth. Fräulein Witwe. Lore. Lottchens Geburtstag. 1/2 7—9 (1—3.50 ℳ). Mo. 4. B. 34. Die Gärtnerin aus Liebe. 7 bis 3/4 10 (4.50 ℳ). Die. 5. C. 32. Zum erstenmal: Dyckerpotts Erben, Komödie in 3 A. v. Robert Grötzsch. 7 bis. (4 ℳ). Mi. 6. 43. Sondervorst. Zum Vorteil der Hofth.-Pensionsanstalt. Der Zigeunerbaron. 7 bis 3/4 10 (4.50 ℳ). — Do. 7. C. 33. Robert und Bertram. 7 bis n. 3/4 10 (4.50 ℳ). — Freit. 8. 44. Sondervorst. Das Dreimäderlhaus. 7—10 (4.50 ℳ). — Sa. 9. B. 35. Dyckerpotts Erben. 7 bis. (4 ℳ), im Konzerth. Der Zigeunerbaron. 7 bis 3/4 10 (1.20—4 ℳ). So. 10. im Hofth. nachm. 2 Uhr. 45. Sondervorstellung Max und Moritz. Die Puppenfee. 2 bis nach 4 Uhr (4 ℳ), abens 7 Uhr. 46. Sondervorstellung Mignon. 7 bis 10 Uhr (6 ℳ); im Konzerthaus Hans Huckebein. 1/2 7—9 (1—3.50 ℳ). Mo. 11. B. 36. Polenblut. 7 bis n. 3/4 10 (4.50 ℳ). — Verkaufszeiten für die Sondervorst. zu Zigeunerbaron (am 6.), Dreimäderlhaus (am 8.), für die Platzmieter am Sa. 2., von 3—1/2 5. C., A., B.; allgem. Vorverkauf von Mo. 4., vorm. 10.: für Max und Moritz und Mignon (am 10.), für die Platzmieter am Mo. 4., nachm. 3—1/2 5 (A., B., C.), allgem. Vorverkauf von Die. 5., vorm. 10. — Im Gr. Theater in Baden-Baden. Mi. 6. Zum erstenmal: Dyckerpotts Erben, Komödie in 3 A. v. Robert Grötzsch. 1/2 7 bis.